SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

USA-China: vorzeitiges Ende des Tauwetters

Unrast, Christoph

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Unrast, C. (2010). *USA-China: vorzeitiges Ende des Tauwetters.* (GIGA Focus Global, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-277023

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

Nummer 2
2010
ISSN 1862-3581

GLOBAL

USA-China: Vorzeitiges Ende des Tauwetters

Christoph Unrast

Präsident Barack Obama startete seine Amtszeit mit einer Charme-Offensive gegenüber der Regierung in Peking, die jedoch nach seinem China-Besuch im November 2009 bereits wieder ad acta gelegt worden ist. Die Uneinigkeit in wirtschaftlichen und militärischen Fragen – vor allem im Hinblick auf geostrategische Interessen in der Taiwan-Straße – belastet nach wie vor die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Analyse

Die demonstrierte Einigkeit beim ersten Zusammentreffen der beiden Staatschefs Hu und Obama am 1. April 2009 in London führte schon damals zu Spekulationen über eine neue „G-2", die zukünftig bilateral die Probleme der Welt lösen würde. Institutionalisiert wurde dieser Ansatz durch den *Strategic and Economic Dialogue* (S&ED), der über die bereits unter Präsident George W. Bush initiierten Meetings hinaus auch die Zusammenkunft ranghöchster Vertreter beider Regierungen beinhalten sollte. Die geplanten Waffenverkäufe der US-Regierung an Taiwan, der Besuch des Dalai Lama in Washington am 18. Februar 2010 und zwischenzeitlich aufflammende Handelsstreitigkeiten haben jedoch gezeigt, dass das chinesisch-amerikanische Verhältnis weiterhin von Missverständnissen und Dissens geprägt ist.

- Barack Obama hat – ähnlich wie seine Vorgänger – nach kurzer Zeit seine China-Politik geändert. Verfolgten Bush und Clinton aus einem eher konfrontativen Ansatz heraus das Ziel, die realpolitischen Entwicklungen zu akzeptieren und Peking entgegenzukommen, versucht Barack Obama, das politische Handeln der USA der gegenwärtigen Konfrontation anzupassen.
- Bereits im Vorfeld des G-20 Gipfels in Pittsburgh 2009 kam es zu Irritationen, welche durch einen Handelsdisput über Importzölle auf chinesische Reifen ausgelöst worden waren. Die zukünftige Ausrichtung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und China ist momentan unklar.
- Trotz aller Annäherungen zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan stellt die Taiwanfrage militärisch weiterhin das größte Konfliktpotential zwischen Washington und Peking dar. Beide Seiten haben mehrfach deutlich gemacht, mit welchen Schritten der Gegenseite sie in dieser Frage nicht einverstanden sind. Die USA unterstützen Taiwan nach wie vor mit Waffenlieferungen, während China an der Aufrüstung seiner Marine festhält. Dies gibt wechselseitig Anlass zu ernsten Befürchtungen.

Schlagwörter: USA, China, Handel, Militärbeziehungen

open access

1. Einleitung

Es ist wahrscheinlich, dass die Nachwelt den 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten vor allem an seinem erfolgreichen Wahlslogan „Change! We can believe in!“ messen wird. Ob die Bilanz des Machtwechsels positiv oder negativ ausfallen wird, lässt sich nicht vorhersagen. Fest steht zum jetzigen Zeitpunkt, dass bereits zu Beginn der Amtszeit von Barack Obama ein Wandel in der China-Politik stattgefunden hat. War Obamas Politik anfänglich vom Bemühen um eine Annäherung an China geprägt mit dem Ziel, eine produktive Basis zur gemeinsamen Bewältigung drängender Probleme der Weltpolitik zu schaffen (z.B. Klimawandel, das iranische und nordkoreanische Atomprogramm), ist es inzwischen zu einer deutlichen Abkühlung im gegenseitigen Verhältnis gekommen. Die Politik der beiden vorherigen US-Präsidenten Clinton und Bush jr. zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass sie am Ende weitaus China-freundlicher ausfiel, als es die Rhetorik während des Wahlkampfes und die Haltung bei Amtsantritt ursprünglich vermuten ließen.[1] Mit Obama könnte es sich genau andersherum verhalten: Die intensiven Bemühungen, das chinesisch-amerikanische Verhältnis durch verstärkte Kommunikation auf ranghoher Ebene zu verbessern, haben Streitpunkte umso deutlicher werden lassen, je mehr es um konkrete Fortschritte in einzelnen Arbeitsbereichen ging.

2. Die Bemühungen von Barack Obama zu Beginn seiner Amtszeit

Es würde ein falscher Eindruck entstehen, wenn man Barack Obama ein kontinuierlich positives Verhältnis zu China bescheinigen würde. Sowohl Obama als auch sein republikanischer Konkurrent McCain nutzten den Wahlkampf 2008, um die Währungsmanipulationen Chinas anzuprangern, denen ein schädlicher Einfluss auf die amerikanische Wirtschaft nachgewiesen wurde. Die chinesischen Verbindungen zu den Pariastaaten Sudan und Iran wurden einhellig kritisiert und Tibets Unterdrückung durch Peking angeprangert. Diese Probleme wurden jedoch weitaus vorsichtiger als in vorherigen Wahlkämpfen thematisiert und dementsprechend in Peking weniger kritisch aufgenommen (*Los Angeles Times*, 31.10.2008). Während einer Debatte der demokratischen Präsidentschaftskandidaten 2007 vertrat Obama durchaus ähnliche Positionen wie sein Vorgänger Bush. Er bezeichnete China als einen Wettbewerber, dem er jederzeit konsequent aufzeigen wolle, welche Dissensen mit den USA bestünden (Council on Foreign Relations, 2009).

Auf chinesischer Seite gab es bereits zu Beginn einige Bedenken, ob ein demokratischer US-Präsident nicht eine protektionistischere Haltung als die vorherigen Amtsinhaber zeigen und damit die Beziehungen durch die Betonung der Menschenrechtsfrage vermehrt belasten würde. Dennoch ging man in Peking mit einigem Selbstbewusstsein davon aus, dass ein demokratisch gewählter Präsident keine konfrontative Haltung gegenüber dem immer wichtiger werdenden asiatischen Land einnehmen könne (*Asia Sentinel*, 11.07.08).

Der Einzug von Obama ins *Oval Office* gab das Startsignal für eine Politik der Kooperation, insbesondere für eine rhetorische Annäherung an China, die so nicht vorherzusehen war. In einem ersten gemeinsamen Telefongespräch nach der Amtseinführung versicherte Barack Obama dem chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao, dass er die gemeinsamen Beziehungen verbessern und in wichtigen globalen und regionalen Fragen mit China kooperieren wolle. Zudem solle man in Zeiten der Finanzkrise den Rufen nach protektionistischen Maßnahmen gemeinsam Einhalt gebieten. Ein erstes persönliches Treffen wurde für den G-20-Gipfel in London im April 2009 vereinbart (*Xinhua*, 01.02.09). Bei dieser Zusammenkunft einigten sich die beiden Staatsmänner auf die Implementierung eines *Strategic and Economic Dialogue* (S&ED). Zwar gab es eine ähnliche Form der Zusammenarbeit bereits unter Präsident Bush jr., doch stellt die Einbeziehung der Ministerebene eine deutliche Aufwertung des S&ED dar. Entsprechend nahmen am ersten Treffen in Washington für die USA Außenministerin Clinton und Finanzminister Geithner und für China Vizepremierminister Wang Qishan teil. In seiner Eröffnungsrede betonte Präsident Obama die Bedeutung des Dialogs. Das Verhältnis zwischen China und den USA werde das 21. Jahrhundert prägen. Daraus entstehe eine gemein-

[1] Für eine genauere Betrachtung der sich wiederholenden Spiralen von Wahlkampfrhetorik und anschließender China-Politik unter Clinton und Bush jr. siehe Yu, Wanli (2009), Breaking the Cycle, in: The National Institute for Defense Studies (Hrsg.): China´s Shift, Joint Research Series, Vol. 3, S. 81-98.

same Verantwortung, die die Grundlage der Partnerschaft sein müsse (Weißes Haus, 2009 b). Einige US-Allierten befürchteten aufgrund dieser Stellungnahme sogleich, dass sich eine neue „G-2" etablieren könne (Wilder, 2009). Chinesische Experten betonten jedoch, dass der S&ED keine Institution für konkrete Arrangements werden solle. Wichtiger sei es, dieses Forum als eine Art Mechanismus zu verstehen, in dem gegenseitiges Vertrauen und Verständnis für die Belange der jeweils anderen Nation gefördert würden (*Xinhua*, 31.07.09).

Die intensivierte Kommunikation auf hoher Ebene wurde auch in der Folgezeit konsequent fortgeführt. Außenministerin Clinton und ihr chinesisches Pendant Yang Jiechi betonten im Oktober 2009 erneut die Wichtigkeit der gemeinsamen Beziehungen. Präsident Obama sprach telefonisch sowohl vor dem G-20-Gipfel in Pittsburgh als auch vor dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen 2009 mit Präsident Hu, um die anstehenden Themen zu erörtern und Positionen auszutauschen.

Auch die Kommunikationsbemühungen im militärischen Bereich wurden forciert. So besuchte der Vizevorsitzende der Chinesischen Zentralen Militärkommission, Xu Caihou, die USA vom 23. Oktober bis zum 3. November 2009 und erörterte mit Verteidigungsminister Gates Maßnahmen, um auch in den militärischen Beziehungen gegenseitiges Vertrauen aufzubauen (*Renmin Ribao*, 23.10.2009).

Obamas Asienreise Mitte November 2009 verdeutlichte, dass der US-Präsident seine kommunikative Vorarbeit durch nichts gefährdet sehen wollte. Der China-Besuch sollte die langfristig anvisierte Entwicklung hin zu einer Politik der Kooperation weiterführen. Deshalb verzichtete Obama bereits im Vorfeld darauf – im Gegensatz zu seinen Vorgängern Clinton und Bush Jr. –, den Dalai Lama während seines Aufenthaltes in Washington zu empfangen. Auch die sonst üblichen Anmahnungen in Bezug auf die Menschenrechtslage oder die Tibet-Frage wurden ausgespart oder äußerst diplomatisch formuliert. So betonte Obama mehrmals, dass er die Ein-China-Politik akzeptiere (*Xinhua*, 17.11.2009). Seitdem hat sich jedoch der Ton auf beiden Seiten verschärft. Grundsätzliche Schwierigkeiten im chinesisch-amerikanischen Verhältnis konnten nicht behoben werden und beherrschen nach anfänglichen Kooperationsbemühungen wieder die Tagesordnung.

3. Ökonomisches Ungleichgewicht und Handelsstreitigkeiten

Neben seinen Bemühungen, zu Beginn durch Kommunikation auf höchster Ebene auf eine positive Entwicklung zwischen den USA und China hinzuwirken, schaffte Obama es, die weiterhin bestehenden Uneinigkeiten in Handelsfragen ins Rampenlicht zu setzen. Unter Nutzung der 421-Klausel, welche im Handelsvertrag mit China im Rahmen des WTO-Beitritts vereinbart worden war und dem US-Präsidenten bestimmte Handlungsmöglichkeiten im Fall von Handelsverzerrungen zugesteht, belegte Obama am 11.9.2009 chinesische Importe von Reifen mit einem Zolltarif von 35 Prozent (Weißes Haus, 2009a). Die offizielle Rechtfertigung, dass dies auf der Grundlage des gemeinsamen Vertragswerkes basiere und daher legitim sei, konnte Peking nicht besänftigen. Bezeichnenderweise verkündeten sowohl Hu als auch Obama im Anschluss an den G-20-Gipfel, dass Protektionismus die Lage der Weltwirtschaft nur verschlimmere und eine unnötige Belastung für das Verhältnis der beiden Staaten darstelle. Aber auch dies ließ die Diskussion nicht verstummen (*Xinhua*, 17.11.2009).

Stattdessen gab das chinesische Handelsministerium bekannt, dass es seinerseits Maßnahmen gegen den Import von amerikanischen Autoteilen und Geflügel überdenke. Beide Sanktionen hatten für das bilaterale Handelsverhältnis rein wirtschaftlich zunächst nur geringe Auswirkungen. Von chinesischer Seite wurde betont, dass die Reaktion als eine Art politisches Zeichen Richtung Washington zu betrachten sei, den Beginn möglicher protektionistischer Entwicklungen nicht zu akzeptieren (*Wall Street Journal*, 14.9.2009). Teile der amerikanischen Gewerkschaften, die eine große Rolle in Obamas Wahlkampf gespielt hatten, forderten jedoch, sich entschieden gegen die unfairen Handelspraktiken von China zu wehren (*The Washington Post*, 15.9.2009). Noch am 9. November 2009 beschloss das US-Handelsministerium, den Import chinesischer Ölfeldrohre mit Sanktionen zu belegen.

Trotz dieser Auseinandersetzungen ist nicht zu übersehen, dass die beiden Handelsmächte zu eng miteinander verbunden sind, als eine wirkliche Krise und damit die weitere Schwächung der Weltwirtschaft riskieren zu können. Seit Jahren wächst das Außenhandelsdefizit zu Ungunsten der USA und betrug – trotz gesunkener Exporte

Chinas – für das erste Halbjahr 2009 103 Mrd. USD (U.S. Treasury Department 2009). China ist dadurch nach und nach zum zweitgrößten Schuldner der USA geworden und hält geschätzte Reserven im Wert von 2,4 Billionen USD, darunter allein US-Bonds im Wert von ca. 750 Mrd. USD (*Handelsblatt*, 10.03.2010).[2]

Obwohl dieser Umstand von allen Seiten mit Argusaugen beobachtet wird, sind die USA weiterhin auf chinesische Finanzhilfe angewiesen (Gewährung von Krediten zur Finanzierung der Staatsschulden). Umgekehrt verfolgt China sehr genau die wachsende Schuldenlast der USA und deren mögliche Auswirkungen auf den Dollarkurs. Diese Verflechtung geht so weit, dass sich bereits chinesische Offizielle besorgt informierten, inwiefern eine mögliche Gesundheitsreform das US-Staatsdefizit beeinflussen würde (*New York Times*, 15.11.209). Die hohen Reserven sind demnach für China sowohl Druckmittel als auch Belastung, da ein Wertverlust des Dollar einen ebensolchen Verlust für China bedeuten kann. Andererseits ist trotz Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung und Umstrukturierungen die chinesische Wirtschaft weiterhin existenziell von ihrem Export abhängig und kann das politisch wichtige Wachstumsziel von jährlich 8 Prozent nur durch eine gesicherte Auslandsnachfrage erreichen (Schüller und Schüler-Zhou 2009). Zur Stabilisierung greift die chinesische Regierung aber wiederum auf Mittel zurück, die negative Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft haben. Neben der Subvention exportierender Firmen geschieht dies vor allem durch die staatliche Kontrolle der Währung. Seit Jahren wird China vorgeworfen, den Renminbi niedrig zu halten. Dadurch werden chinesische Waren künstlich gegenüber ihren in anderen Währungen gehandelten Konkurrenzprodukten verbilligt. Im Gegensatz zu vorherigen US-Regierungen wurde dies jedoch bisher unter Obama nicht mehr offiziell als Währungsmanipulation deklariert, obwohl der Umstand derselbe blieb (U.S. Treasury Department 2009).

China und die USA sind durch ihre momentane Wirtschaftsentwicklung strukturell voneinander abhängig. Zwar wird dieses Ungleichgewicht im gemeinsamen Handel problematisiert, dennoch zeichnet sich für die nahe Zukunft kein Ausweg ab, der für beide Nationen keine gravierenden Folgen hätte.

[2] China war bis Ende des Jahres 2009 der größte Schuldner der USA, wurde dann aber von Japan erneut überholt.

4. Militärische Beziehungen

Abseits des öffentlichen Rampenlichtes bilden militärische Fragen eine Belastung für das Verhältnis der beiden Staaten. Auch hier liegen die Ursachen tiefer, als dass sie kurzfristig durch diplomatische Offensiven der Staatsmänner zu beheben wären. Umso mehr besteht die Notwendigkeit, auf höchster Ebene die Differenzen anzusprechen. Nur so können Zwischenfälle als solche behandelt und nicht als Anhaltspunkt für eine unausweichliche militärische Konfrontation eingeordnet werden, die eine Spirale von Konflikten auslösen könnte. Neuerliche Waffenverkäufe der USA an Taiwan haben die Problematik wieder verdeutlicht.

Präsident Hu und Obama hatten sich während ihres April-Treffens 2009 auf eine neuerliche Intensivierung der militärischen Kontakte einigen können. Ergebnis war der Besuch des Vizevorsitzenden der Zentralen Militärkommission Chinas, General Xu Caihou, in Washington (s.o.), bei dem es auch zu einem kurzen Treffen mit Obama selbst kam. Dabei wurde unter anderem ein regelmäßiger Austausch von Offizieren zur Verbesserung des Verständnisses vereinbart (Weißes Haus 2009 b). Die Bemühungen im militärischen Bereich hatten im Oktober 2008 einen schweren Rückschlag erlitten, als durch die Bush-Regierung der mit 6,5 Mrd. USD größte Waffenverkauf der Geschichte an Taiwan getätigt wurde (Weitz 2009). Selbst unter der Regierung Obama hatte es Kollisionen zwischen der amerikanischen und chinesischen Marine gegeben. Am 8. März hatten fünf chinesische Schiffe die *US Impeccable* während einer Beobachtungsfahrt 120 km südlich der Hainan Inseln gestoppt und – obwohl sie unbewaffnet war – zu einem Notstopp bzw. zur Umkehr gezwungen, weil sie auf illegaler Fahrt unterwegs gewesen sei. Vier Tage zuvor war die *USNS Victorious* während ihrer Fahrt in Internationalen Gewässern im Gelben Meer auf ähnliche Weise gestoppt und durch chinesische Flugzeuge beobachtet worden. Dieser Vorfall war jedoch erst zusammen mit dem der *US Impeccable* bekannt geworden (ebd.).

Die Probleme im militärischen Bereich wurzeln jedoch nicht nur in verschiedenen Ansichten über die Hoheitsgewässer. Bedeutsamer und zugleich belastender sind die Meinungsverschiedenheiten über die Gründe und die Intransparenz des Umfangs der chinesischen Aufrüstung oder – aus chinesischer Sicht – über das fehlende strategische

Vertrauen (*strategic trust*) der USA in China (*Xinhua*, 29.10.2009). Neben diesem generellen beidseitigen Misstrauen spielt auch die nicht geklärte Taiwanfrage eine Rolle, wofür die kaum zu vereinbarenden Standpunkte Konfliktpotential bieten.

Seit Jahren bemüht sich China, seine Armee zu modernisieren und für kurzfristige Konflikte mit technologisch überlegenen Gegnern an der Peripherie Chinas auszubilden. Durch die Weiterentwicklung der Interkontinentalraketen DF 31 und DF 31A erhielt das Atomwaffenarsenal eine strategisch größere Reichweite. Noch weiter fortgeschritten sind die Bemühungen im maritimen Bereich, in dem China durch Land-See-Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper und den Ausbau seiner U-Boot Flotte sein Leistungsvermögen ausgebaut hat, um den Zugang zu strategisch wichtigen Meeres- und Seeabschnitten zu blockieren (*area-denial-potential*) (Department of Defense 2008). Das letzte Kapitel dieser Auseinandersetzungen spielte sich Mitte Januar 2010 ab. Zeitgleich mit der Vergabe von Waffenlieferungsverträgen an Taiwan durch die US-Regierung testete das chinesische Militär – nach eigenen Angaben erfolgreich – ein komplexes Luftabwehrraketensystem. Dieses ähnelt sehr dem US-amerikanischen Verteidigungssystem, das vom Pentagon jedoch erst in acht von 14 Fällen erfolgreich erprobt wurde (*South China Morning* Post, 12.01.2010). Die durch die US-Regierung vergebenen Waffenverträge beinhalteten den Verkauf von Luftabwehrraketen und des Patriot-Raketenabwehrsystems in Höhe von ca. zwei Mrd. USD (*The New York Times*, 12.01.2010.)[3]

Die von China erworbenen Mittel reichen nicht aus, um in einem Konflikt mit den USA auf Augenhöhe agieren oder eine Machtprojektion weit außerhalb chinesischer Gewässer langfristig aufrecht erhalten zu können. China wäre aber durchaus in der Lage, in einem möglichen Konflikt mit Taiwan den USA den maritimen Zugang zum Kriegsgebiet zu erschweren und das Verlustrisiko in die Höhe zu treiben (Weitz 2009). Diese gegen die USA gerichtete Intention wird durch das US-Verteidigungsministerium als einer der Hauptgründe des Waffenprogramms erachtet. Andere mögliche Beweggründe für eine Aufrüstung werden als zweitrangig eingestuft, weshalb die Einschätzungen umso kritischer ausfallen.[4]

Gleichzeitig wird seit Jahren die Intransparenz der chinesischen Aufrüstungsbemühungen kritisch hinterfragt. So gibt das chinesische Verteidigungsministerium für das Jahr 2007 Militärausgaben in Höhe von 49 Mrd. USD an. Das US-Verteidigungsministerium schätzt für denselben Zeitraum einen Betrag von 97-139 Mrd. USD. Im Weißbuch der Verteidigung für das Jahr 2008 konzentrierten sich die Ausgaben in Höhe von offiziell ca. 60 Mrd. USD laut Peking vor allem auf die Kosten für das Personal der Armee. Nicht erwähnt wurden Waffenimporte und Teile der bereits oben erwähnten Projekte (SIPRI 2009). Peking sieht in dieser Intransparenz jedoch nicht das Verheimlichen weiterer anti-amerikanischer Aufrüstungsbemühungen, sondern eine Option, die Überlegenheit der USA vor allem im militärisch relevanten Informationstechnologiesektor auszuhöhlen. Die Undurchsichtigkeit des eigenen Handelns soll zudem abschreckend wirken, da das Gegenüber für die eigenen Planungen nicht auf vollständige Informationen zur Risikokalkulation zurückgreifen kann (Goldstein 2009).

Das Konfliktpotential zwischen beiden Staaten beruht – wie dargestellt – nur zum Teil auf faktischen Grundlagen. Taiwan ist und bleibt der mögliche Ausgangspunkt für eine militärische Auseinandersetzung; die Grundprobleme liegen jedoch tiefer. Militärisch betrachtet, wird die Überlegenheit der USA auf Jahre hinaus bestehen bleiben. Möglichkeiten, das chinesisch-amerikanische Verhältnis in diesem Bereich zu stabilisieren, ergeben sich daher vor allem durch regelmäßige Konsultationen und gemeinsame Projekte. Die neuesten Waffenverkäufe der USA an Taiwan haben aber erneut verdeutlicht, dass die Kommunikationsbemühungen Obamas zu Beginn seiner Amtszeit nicht effektiv und stabil genug waren, um zu echtem Fortschritt zu führen.

[3] Die USA unterstützen zwar offiziell die Ein-China-Politik der Volksrepublik, haben sich jedoch 1979 mit dem Taiwan Relations Act dazu verpflichtet, zur Sicherheit Taiwans beizutragen. Was für die USA das Nachkommen rechtlicher Verpflichtungen bedeutet, ist für Festland-China ein eindeutiger Eingriff in die internen Angelegenheiten.

[4] Neben den taktischen und strategischen Auswirkungen der chinesischen Aufrüstung wird zudem kritisiert, dass ein Großteil der China zur Verfügung stehenden Mittel nur durch die wirtschaftliche Verflechtung mit den USA überhaupt erst verfügbar ist.

5. Fazit

Die Obama-Administration sah sich im Anschluss an die Asienreise zuhause mehrfach dem Vorwurf ausgesetzt, dass der neue Ansatz der Außenpolitik gescheitert sei und gerade der Verlauf des China-Besuchs dies gezeigt hätte. Präsident Obama hatte auf kritische Worte verzichtet und versucht, möglichen Konfliktthemen aus dem Weg zu gehen. Widersinnig sei vor allem gewesen, vor ausgewählten chinesischen Studenten die Freiheit des Internets zu preisen, ohne jedoch die damit verbundene Redefreiheit selbst auf Themen wie die Menschenrechtslage in China und vor allem Tibet anzuwenden. Dieser Version entgegnete die US-Regierung, dass der Besuch den Erwartungen entsprechend verlaufen sei, weshalb keine Rede von einem Rückschlag sein könne (*The New York Times*, 11. November 2009).

Das Verhältnis zwischen den USA und China wird entscheidend sein für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts. Darin sind sich sowohl die Beteiligten als auch die Beobachter einig. Fest steht auch, dass nicht allein das Verhältnis von Staatsmännern oder hochrangige Dialoge die Beziehungen vollständig in ruhigem Fahrwasser halten können. Dabei spielen weitere Faktoren, wie z. B. die Stabilität des chinesischen Regimes, eine zu gewichtige Rolle.

Bezeichnend ist, dass trotz vielfältiger Bemühungen seitens der US-Regierung zu Beginn der Amtszeit Obamas in den Bereichen der Wirtschaft, des Militärs und vor allem der Taiwan-Frage kein echter Fortschritt erzielt werden konnte. Der Besuch Obamas im November 2009 war zugleich Höhepunkt als auch vorzeitiges Ende des kooperativen Ansatzes gegenüber China. Was zunächst wie der Einstieg in eine neue „G-2"-Entwicklung aussah, hat sich inzwischen in den Eindruck von einer neuen „Eiszeit" verkehrt.

Barack Obama reiht sich – was das Wechselspiel von Kooperation und Konfrontation gegenüber China angeht – mühelos in die Tradition seiner Vorgänger ein. Traten diese jedoch ihre Amtszeit mit einem kritischeren Ansatz an und endeten versöhnlicher, versuchte es Obama von Beginn an mit Kooperationsbemühungen und muss nun „realistischer" agieren. Letztendlich sind fundamentale Meinungsverschiedenheiten dadurch nicht gelöst worden. Die Zukunft wird zeigen, ob nach den ersten Rückschlägen das Pendel der amerikanischen China-Politik auch wieder in Richtung Kooperation schwingen wird.

Literatur

Council on Foreign Relations (2009), *Barack Obama*, online: <www.cfr.org/bios/11603/barack_obama.html#10> (Aufruf: 29.10.2009).

Department of Defense (2008), *Annual Report to Congress*. Military Power of the People's Republic of China 2008, online: <www.defenselink.mil/Pubs/pdfs/China_Military_Report_08.pdf> (Aufruf: 11.10.2009).

Goldstein, Avery (2009), *Prolonging East Asia's Surprising Peace — Can It Be Managed?*, Foreign Policy Research Institute, E-Note, online: <www.fpri.org/enotes/200908.goldstein.eastasiapeace.html> (Aufruf: 11.09.2009).

Schüller, Margot und Yun Schüler-Zhou (2009), China's Economic Policy in the Time of the Global Financial Crisis: Which Way Out?, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 3, 165-181, online: <www.CurrentChineseAffairs.org>.

Stockholm International Peace Research Institute SIPRI (2009), *SIPRI Yearbook 2009*, online: <www.sipri.org/yearbook/2009/05> (Aufruf: 26.11.2009).

U.S. Department of the Treasury (2009), *Report to Congress on International Economic and Exchange Rate Policies*, online: <www.treasury.gov/offices/international-affairs/economic-exchange-rates/pdf/FX%20Report%20FINAL%20October%2015%202009.pdf> (Aufruf: 20.11.2009).

Weißes Haus (2009a), *To address market disruption from imports of certain passenger vehicle and light truck tires from the People's Republic of China*, online: <www.whitehouse.gov/the_press_office/Proclamation-Address-Market-Disruption-from-Imports-of-Certain-Passenger-Vehicle-and-light-truck-tires> (Aufruf: 05.10.2009).

Weißes Haus (2009b), *U.S.-China Joint Statement*, online:<www.whitehouse.gov/the-press-office/us-china-joint-statement> (Aufruf: 18.11.2009).

Weitz, Richard (2009), Maritime Confrontation Highlights Troubled State of China-U.S. Defense Diplomacy, in: *China Brief*, 9, 9, 10-13.

Wilder, Dennis (2009), The U.S.–China Strategic and Economic Dialogue: Continuity and Change in Obama's China Policy, in: *China Brief*, 9, 10, 4-7.

Der Autor

Christoph Unrast arbeitete im Rahmen seiner Abschlussarbeit über die China-Politik der USA am GIGA Institut für Asien-Studien zusammen mit Dirk Nabers, Leiter des GIGA Forschungsschwerpunktes 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

E-Mail: <unrast@giga-hamburg.de>; Website: <http://staff.giga-hamburg.de/unrast>

GIGA-Forschung zum Thema

Das Regional Powers Network (RPN) erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie im Nahen und Mittleren Osten. Es befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wird im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010). Zusammen mit der Universität Hamburg betreibt das GIGA die „Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers“.
Weitere Informationen unter: <www.giga-hamburg.de/rpn> und <www.regionalpowers.de>.

GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2008), Schwerpunktverschiebung nach Asien? China und Indien als aufstrebende Großmächte, in: *Peripherie*, 111, 280-300.

Godehardt, Nadine, Melanie Hanif und Ryoma Sakaeda (2009), *Sicherheitspolitische Herausforderungen der Regierung Obama in Asien*, GIGA Focus Asien,1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Godehardt, Nadine (2008), *The Chinese Meaning of Just War and Its Impact on the Foreign Policy of the People's Republic of China*, GIGA Working Paper, 88, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Hieber, Saskia (2007), China's Defence White Papers A Different Perspective on the Peaceful Rise, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 2, 79-94, online: <www.CurrentChineseAffairs.org>.

Nabers, Dirk (2008), *China, Japan and the Quest for Leadership in East*, GIGA Working Paper, 67, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Schüller, Margot (2009), *China in der globalen Finanzmarktkrise: Wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme*, GIGA Focus Asien, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Schüller, Margot und Yun Schüler-Zhou (2009), China's Economic Policy in the Time of the Global Financial Crisis: Which Way Out?, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 3, 165-181, online: <www.CurrentChineseAffairs.org>.

Schütte, Hans-Wilm (2008), Detente in the Taiwan-Straits: One Country, Two Regions, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 4, 183-209, online: <www.CurrentChineseAffairs.org>.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Mehler; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Bert Hoffmann; Lektorat: Silvia Bücke
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien